



Welt am Sonntag, 29.09.2019, Nr. 39, S. AV1

Rubrik: SONDERTHEMEN

Sünder wollen zu Rettern werden

Die Bau- und Immobilienbranche ist einer der größten Emittenten von Treibhausgasen. Nun will man länderübergreifend den Klimaschutz als wichtigstes Ziel verankern. In Deutschland könnte die **Energiebilanz von Gebäuden durch eine Sanierung deutlich verbessert werden. Experten fordern klare Vorgaben und staatliche Anreize**

Jochen Clemens

Die Protestaktionen am Rande der IAA haben es gezeigt: Im Zentrum der gesellschaftlichen Kritik steht das Auto mit Verbrennungsmotor - angeklagt als Verstopfer von Innenstädten, Treibhausgas-Emittent und als allgemein nicht mehr zeitgemäßes Fortbewegungsmittel. Tatsächlich beträgt der Anteil des Verkehrs an Schadstoffemission in Deutschland rund 20 Prozent. Doch es gibt einen Bereich, der rund die doppelte Menge produziert, aber nicht annähernd so in der öffentlichen Wahrnehmung steht: Der Bausektor und Bereich der Bestandsimmobilien sind für rund 40 Prozent des **Energieverbrauchs** und gut 35 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Werte, die sich durch die Herstellung benötigter Bauprodukte noch erhöhen. Bei einem vom Umweltbundesamt (UBA) für 2018 ermittelten Gesamtausstoß hierzulande von 868,7 Millionen Tonnen entspricht das etwa 304 Millionen Tonnen.

Weil die Zahlen in anderen Ländern ähnlich aussehen, hat sich die Baubranche grenzübergreifend zusammengefunden. Bei einer vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) mitorganisierten Konferenz verabschiedeten Teilnehmern aus mehr als 30 Ländern die "Grazer Deklaration für Klimaschutz im Baubereich". Darin fordern sie die verbindliche Einführung konkreter Ziel- und Planungswerte zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen im Lebenszyklus von Gebäuden. Zentraler Punkt: Soll das von der Weltgemeinschaft im Klimaabkommen von Paris im Dezember 2015 festgelegte Ziel, die Erderwärmung zwei Grad Celsius nicht übersteigen zu lassen und möglichst sogar unter 1,5 Grad zu bleiben, erreicht werden, muss der Bau- und Immobiliensektor mehr Verantwortung zeigen.

Thomas Lützkendorf ist der Leiter des Lehrstuhls Ökonomie und Ökologie des Wohnungsbaus am KIT und Mitorganisator der Konferenz. Er sagt: "Gebäude tragen entscheidend zu unserer Lebensqualität bei und liefern die Grundlage für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, sie belasten andererseits die Umwelt zum Beispiel durch ihren Ressourcenverbrauch und die entstehenden Treibhausgasemissionen. Sie haben zudem nicht nur eine lange Nutzungsdauer, sondern sie weisen auch lange Zyklen für Instandhaltung und Modernisierung auf. Gebäude, die wir 2025 errichten, werden 2050 nahezu unverändert noch stehen." Seine Forderung: "Gebäude, die ab 2025 realisiert werden, müssen bereits dem für 2050 formulierten Minderungsziel entsprechen."

So drängt die Grazer Deklaration die Politik, verbindliche und technologieoffene Anforderungen für den Umweltschutz zu formulieren, Budgets für die Treibhausgase im Lebenszyklus von Gebäuden einzuführen, Förderprogramme deutlich aufzustocken sowie "eine angemessene infrastrukturelle und personelle Ausstattung der Bauforschung" zu schaffen. Ergänzt wird sie durch eine Selbstverpflichtung der Unterzeichner, Politik, Wirtschaft und Industrie beim Erreichen der Ziele unterstützen zu wollen.

In Deutschland erkennt Lützkendorf Handlungsbedarf bei gesetzlichen Regelungen. Mit dem Ziel, **Energieverbräuche** effektiver und schneller zu senken, noch stärker auf Dämmung zu setzen und mehr **erneuerbare Energien** zu integrieren, soll wohl noch 2019 ein neues **Gebäudeenergiegesetz** (GEG) verabschiedet werden. Doch enthält der aktuelle Entwurf keine Anforderungen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen im Lebenszyklus von Gebäuden. "Die Methoden, Daten und sonstigen Hilfsmittel, um dies zu erfassen, zu bewerten und gezielt zu beeinflussen, sind schon seit mindestens zehn Jahren vorhanden." Was der Experte im neuen GEG verankert sehen möchte, sind verpflichtende Vorgaben in Richtung Klimaschutz. "Bislang gibt es leider nur auf Freiwilligkeit beruhende Auflagen. Wir werden inzwischen von vielen Ländern bei der Formulierung von rechtlich bindenden Anforderungen überholt." Methodisch sei Deutschland bei der Berechnung und Bewertung eines ökologischen Fußabdrucks führend, aber es mangle an der Umsetzung in rechtlich bindende Anforderungen.

"Die Bau- und Immobilienwirtschaft ist in Bezug auf Treibhausgase Verursacher und Retter zugleich", sagt der KIT-Professor. Eine Aufgabe sieht er auch darin, das 1,5-Grad-Ziel zur Begrenzung der globalen Erderwärmung "erlebbar und handhabbar zu machen und in den Verantwortungsbereich und in den Arbeits- und Verantwortungsbereich relevanter Entscheider zu übersetzen." Beispielsweise was dahinter steht, 11,3 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr zu emittieren - das war der Wert 2017, der den EU-Durchschnitt von 8,8 Tonnen deutlich übersteigt - und diese Menge bis 2050, oder früher, auf etwa eine Tonne zu reduzieren. Das könne man zwar in den zahlreichen verfügbaren Carbon-Footprint-Rechnern recherchieren, doch müsse man dies im Bau- und Immobilienbereich noch wesentlich deutlicher fassen. "Benötigt werden entsprechende Planungs- und Zielwerte für Neubau- und Modernisierungsvorhaben."

Werner Lang, der an der Technischen Universität München (TUM) den "Lehrstuhl für **energieeffizientes** und nachhaltiges Planen und Bauen" bekleidet, sieht Bauherren, Ingenieure und Architekten alle gemeinsam in der Verantwortung: "Bei der **Energiebilanz** von Häusern müssen wir schnell in den positiven Bereich kommen, also Häuser konzipieren, die mehr **Energie** produzieren als sie verbrauchen. Es gibt schon erfolgreiche Beispiele, und es lässt sich auch zu marktüblichen Preisen hinbekommen." Von autarken Einzelgebäuden als Lösung würde Lang aber abraten. "Es ist viel effizienter, Synergien zu nutzen, etwa an die zentrale Abwasserreinigung angeschlossen zu sein."

Unterdessen nimmt die EU ihre Mitgliedsstaaten mit der "Richtlinie über die **Gesamtenergieeffizienz** von Gebäuden" in die Pflicht. Das (annähernde) Nullenergie- und das Passivhaus werden darin ab 2020 als Neubau-Standard vorgegeben. "Mit dem Begriff 'Niedrigstenergiegebäude' ist das allerdings etwas schwammig ausgedrückt", so Lang. "Mit einer sehr guten Gebäudehülle, thermischen Kollektoren und Photovoltaik auf dem Dach lässt sich das durchaus realisieren. Wenn wir uns vor Augen führen, dass dieser Wert bei in den 1970er-Jahren errichteten Gebäuden noch bei 250 Kilowattstunden lag, wird deutlich, welche Effizienzsteigerungen seitdem erreicht wurden. Sie übertreffen die vieler anderer Bereiche bei weitem."

Genau diese Gebäude aber seien das eigentliche Problem der deutschen Bau- und Immobilienwirtschaft. "Das große Thema ist der Bestand", so der TUM-Professor. "Nahezu 70 Prozent der Wohngebäude hierzulande wurden vor 1977 errichtet, also vor der Einführung der ersten Wärmeschutzverordnung. Von den 2018 statistisch erfassten gut 19 Millionen Wohn- sowie rund 2,7 Millionen sogenannten Nichtwohngebäuden müsste rund die Hälfte dringend saniert werden." Dass die Sanierungsquote nach wie vor bei nur rund einem Prozent pro Jahr liegt, sieht Werner Lang als unnötig und hausgemacht an. "Es ist ein ganz großes Versäumnis der Politik, nicht eindeutig geregelt zu haben, wie die Kosten der energetischen Sanierung zwischen Mietern und Besitzern gerecht aufzuteilen sind. Der Bundestag hat dann beschlossen, diese auf die Mieter abzuwälzen, was riesigen Ärger mit Mietervereinen nach sich gezogen hat. Weil auf der anderen Seite Besitzer keine steuerlichen Vergünstigungen wie Abschreibungen geltend machen können, besteht kaum mehr Interesse an energetischen Sanierungen. Ein Fiasko."

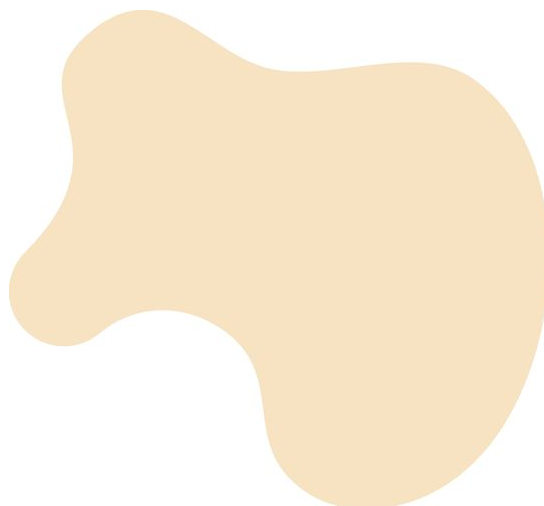
Damit stehe sich die Bundesregierung und ihrem Ziel, die Quote auf zwei Prozent pro Jahr zu verdoppeln, selbst im Weg. Und auch in der aktuellen Fassung des neuen GEG kann Lang diesbezüglich keinen Fortschritt ausmachen. "Da ist nichts, was die Sanierung des Bestandes betrifft. Der richtige Weg wären steuerliche Anreize."

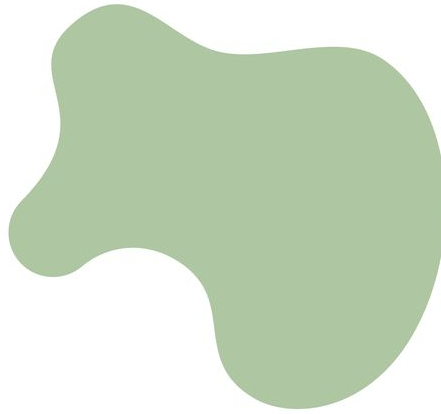
Vor 100 Jahren, als Ressourcen wie Kohle nach Ende des ersten Weltkriegs knapp waren, habe man schon einmal Fragen bezüglich Effizienz gestellt, wenn auch mit einem anderen Hintergrund, so Thomas Lützkendorf. **Energie** sparen könne man durch weniger Heizen und optimierte Bauprodukte, waren die Überlegungen. Was seinerzeit eine Überbrückungsstrategie war, habe heute nachhaltige Fundamente: "Die Hersteller von Bauprodukten haben längst Strategien entwickelt, wie man das erreichen kann. Die Branche ist auch unter Druck. Investoren finden sich oft nur noch, wenn bei Produkten Nachhaltigkeit gegeben ist. Der Prozess läuft, da baut sich etwas auf."

Das sieht auch Werner Lang so, doch hadert er noch mit einem klassischen Baustoff: Beton. 2,8 Milliarden Tonnen werden pro Jahr weltweit hergestellt und verbaut, doch "das Problem ist, dass Zement in der Herstellung über die hohen erforderlichen Brenntemperaturen extrem **energieintensiv** ist. Fünf Prozent des CO₂-Ausstoßes weltweit entfallen auf die Herstellung von Beton." Andere Quellen sprechen gar von sechs bis neun Prozent.

"Ich werde immer gern als Beton-Verteufler dargestellt. Das bin ich aber gar nicht. Beton ist extrem leistungsfähig, da ist in der Forschung sehr viel passiert. Aber bezüglich der **Energieeffizienz** braucht es eben noch mehr Forschung." Eine Alternative beziehungsweise Ergänzung sieht Lang im Baustoff Holz - auch bei Hochhäusern. Man müsse mehr über hybride Bauweisen nachdenken. "Beton sollte dort eingesetzt werden, wo es nötig ist, ansonsten sollte Holz verwendet werden. In diesem Bereich forschen wir ganz aktiv." Doch selbst, wenn man in Deutschland alles richtig mache, "müssen wir die wachsende Weltgemeinschaft mitnehmen." Angesichts der Aussicht, dass 2050 schon knapp zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben werden, "müssen wir positive Vorbilder schaffen. Es braucht ein klares Umdenken." So wie es sich im Autobereich abzeichnet.

Jochen Clemens





Bildunterschrift: Ökologie und Bauen sollen in Einklang gebracht werden. Gebäude, die ab 2025 realisiert werden, sollen bereits dem für 2050 formulierten Minderungsziel - weitestgehende Klimaneutralität - entsprechen. Das eröffnet nicht zuletzt auch Architekten neue Möglichkeiten des naturnahen Gestaltens

Quelle:	Welt am Sonntag, 29.09.2019, Nr. 39, S. AV1
----------------	---


Rubrik:	SONDERTHEMEN
----------------	--------------

Dokumentnummer:	166179846
------------------------	-----------

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_e22668dcd394d69da1e9a1df3acb76478d53f5e6

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH